

Wider die Einseitigkeit: Ein Plädoyer für mehr Pluralismus in der öffentlichen Gesundheitspolitik

Lohse, Simon; Bschor, Karim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lohse, S., & Bschor, K. (2021). Wider die Einseitigkeit: Ein Plädoyer für mehr Pluralismus in der öffentlichen Gesundheitspolitik. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80906-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Simon Lohse, Karim Bschr | Essay | 15.01.2021

Wider die Einseitigkeit

Ein Plädoyer für mehr Pluralismus in der öffentlichen Gesundheitspolitik

„Jetzt ist die Zeit, in der die Politik unbedingt mal ein paar Tage Ruhe braucht, um sich beraten zu lassen. Und zwar nicht nur immer von denselben Leuten, sondern auch von anderen Fachdisziplinen.“

Christian Drosten, Coronavirus Update vom 13.3.2020

„Pluralismus von Theorien und metaphysischen Ansichten ist nicht nur wichtig für die Methodologie, sondern auch ein essenzieller Bestandteil einer humanistischen Perspektive.“

Paul Feyerabend, Wider den Methodenzwang

¹ Wir leben im Zeitalter der evidenzbasierten Politik. Diese Aussage mag angesichts jüngster Angriffe auf die Wissenschaft in den USA, in Deutschland und in anderen Ländern sowie der zunehmenden öffentlichen Kritik an und der Leugnung von wissenschaftlichen Erkenntnissen überraschen. Allerdings stellen die gegenwärtigen wissenschaftskritischen Tendenzen keinen Widerspruch zu dieser Behauptung dar. Sie müssen vielmehr vor dem Hintergrund gesehen und verstanden werden, dass Wissenschaft heute relevanter denn je für die Politik und das öffentliche Leben ist. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Bildungspolitische Entscheidungen basieren auf wissenschaftlichen Gutachten, wissenschaftliche Expertisen spielen in Auseinandersetzungen um den richtigen Umgang mit der zunehmenden Digitalisierung von Wirtschaft und öffentlichem Leben eine wichtige Rolle, wirtschafts- und außenpolitische Strategien sind von den Erkenntnissen der Klimaforschung beeinflusst. Ebendiese Bedeutung der Wissenschaft für gesellschaftspolitische Entscheidungsprozesse stellt eine der zentralen Hintergrundbedingungen für das Aufkommen wissenschaftskritischer bis -feindlicher Bewegungen dar.²

Wie wichtig die Wissenschaft für Öffentlichkeit und Politik ist, zeigt sich in besonderem Maße im Verlauf der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020. Wissenschaftliche Expert*innen informieren und beraten das staatliche Krisenmanagement und beeinflussen dadurch die

gesundheitspolitischen Strategien, die Bund, Länder und Kommunen auf den jeweiligen politischen Ebenen entwickeln und umsetzen. In Deutschland reichen die getroffenen Maßnahmen in Arbeit, Bildung, Freizeit und andere zentrale Lebensbereiche der Bevölkerung hinein und haben dort teilweise weitreichende Auswirkungen. Auch in anderen Ländern der EU, im Vereinigten Königreich und den USA nehmen wissenschaftliche Politikberatung und Expertisen, insbesondere epidemiologische Modellierungen, erheblichen Einfluss auf den Umgang mit der Pandemie zum Schutz der öffentlichen Gesundheit – sowohl bezüglich kurzfristiger Lockdown-Maßnahmen, um die Ausbreitung der Krankheit aufzuhalten, als auch hinsichtlich mittel- und langfristiger Strategien.³

Die Art und Weise, wie die Wissenschaft während der COVID-19-Pandemie auf die Politik einwirkt, ruft mitunter Kritik hervor. Die beiden wichtigsten Typen von Kritik an der Rolle der Wissenschaft in der COVID-19-Pandemie, auf die wir gleich näher eingehen werden, haben eines gemeinsam: Sie äußern Besorgnis über einen unzureichenden epistemischen Pluralismus bei den gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie. Mit epistemischem Pluralismus ist der Einbezug von mehr als einer Perspektive oder Herangehensweise bei der Adressierung eines Erkenntnisproblems gemeint. Inspiriert von Paul Feyerabend beleuchten wir im Folgenden die Probleme, die sich aus einem unzureichenden epistemischen Pluralismus im Kontext einer wissenschaftsbasierten öffentlichen Gesundheitspolitik ergeben. Indem wir diese gegenwärtig relevanten Probleme adressieren, wollen wir zu einem besseren Verständnis epistemischer Unzulänglichkeiten einer wissenschaftsbasierten Politik beitragen. Feyerabends Wissenschaftsphilosophie kann, wie wir im Folgenden zeigen werden, eine fruchtbare Perspektive auf die skizzierten Probleme bieten, enthält sie doch einige wichtige systematische Argumente, vor allem im Hinblick auf die methodologische Bedeutung des Pluralismus und seine Vorzüge für die Wissenschaft und andere gesellschaftliche Bereiche. Daraus folgt auch eine Antwort auf die in diesem Zusammenhang zentrale Frage: Wie sollte wissenschaftsbasierte Gesundheitspolitik, insbesondere angesichts einer akuten Bedrohung der öffentlichen Gesundheit, zukünftig gestaltet werden?

Kritik an gesundheitspolitischen Maßnahmen

Lässt man die populistische Wissenschaftsskepsis außer Acht (etwa bei Anhänger*innen von Verschwörungsnarrativen), so lassen sich zwei Arten von Kritik an der Rolle der Wissenschaft in der COVID-19-Pandemie unterscheiden. Die erste bezieht sich darauf, dass das Regierungshandeln hauptsächlich davon bestimmt ist, wie sich die Zahlen der

COVID-19-Fälle und -Toten in der Bevölkerung entwickeln – auf Kosten anderer problematischer Aspekte der Situation. Carlo Caduff etwa vertritt die These, dass viele Regierungen die drastischen Auswirkungen der Sperrmaßnahmen auf die Wirtschaft und das Leben benachteiligter Bürger*innen nicht ausreichend berücksichtigen.⁴ In Deutschland beklagten Fachleute während des ersten Teillockdowns im Frühjahr 2020, dass man insbesondere sozialpolitische Aspekte der Situation vernachlässige und beispielsweise die Gefahren der häuslichen Gewalt und der sozialen Ungleichheit im Home Schooling nicht oder nur unzureichend in politische Entscheidungsprozesse einbeziehe.⁵

Die zweite Kritiklinie problematisiert epidemiologische Modellierungen und ihre zentrale Rolle für politische Entscheidungen. Die Regierungen hätten sich, so der Einwand, viel zu sehr auf epidemiologische Prognosen verlassen, obwohl selbst ausgefeilte Computermodelle große Unsicherheiten und mathematische Vereinfachungen enthalten würden.⁶ Modellierungen bilden mögliche Szenarien ab, allerdings beruhen sie zwangsläufig auf Vorannahmen und Schätzungen bestimmter Parameter. Die Unklarheiten und Ungenauigkeiten der Ausgangsbedingungen gehen in die von den Modellen erstellten Prognosen ein; ein Effekt, der bei nichtlinearen Modellen besonders ausgeprägt ist. Unter bestimmten Umständen sind die Prognosen solcher Modelle vollkommen unbrauchbar.⁷ Demzufolge hätte die Politik nur scheinbar exakte Projektionen über die Pandemieentwicklung und die Auswirkungen bestimmter Maßnahmen der öffentlichen Gesundheitspolitik als Entscheidungsgrundlage herangezogen, während sie anderen Daten und Informationen nicht genügend Aufmerksamkeit schenkte, insbesondere sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen zu den je unterschiedlichen Folgen der politischen Strategien in verschiedenen sozioökonomischen Bereichen der Gesellschaft.

Unzureichender epistemischer Pluralismus

Bei beiden Kritikansätzen entsteht der bereits erwähnte Eindruck eines unzureichenden epistemischen Pluralismus, da sich die Politikgestaltung in beiden Fällen jeweils nur auf *eine* epistemische Perspektive zu konzentrieren scheint. Im ersten Fall entwickelt man das Vorgehen der öffentlichen Gesundheitspolitik hauptsächlich aus einer biomedizinischen Perspektive, ohne Berücksichtigung alternativer Sichtweisen, die auf lokalen und außerakademischen Wissensformen in der Gesellschaft basieren und dadurch andere Aspekte des Problems in den Fokus rücken könnten. Damit bezieht sich die Kritik primär, aber nicht ausschließlich auf einen Mangel an *wissenschaftsexternen* Perspektiven. Im zweiten Fall beruht die Politikgestaltung auf einer bestimmten Art der epidemiologischen Modellierung, die teilweise auf unsichereren Annahmen arbeitet. Dadurch blendet man

relevante Perspektiven und Wissensbestände aus anderen biomedizinischen Disziplinen und den Sozialwissenschaften aus, obwohl diese dazu beitragen könnten, falsche Prognosen frühzeitig zu erkennen und zu verbessern. Das können etwa die Erfahrungen von Krankenhaushygieniker*innen mit effizienten Schutzmaßnahmen oder soziologische Erkenntnisse zu sozialen Netzwerkstrukturen⁸ und den Besonderheiten unterschiedlicher sozialer Milieus sein. Hiermit ist also ein Pluralismusdefizit *innerhalb* der Wissenschaft angesprochen.

Gründe für mehr Pluralismus

Unzureichender epistemischer Pluralismus – ob wissenschaftsextern oder -intern – ist erkenntnistheoretisch aus mindestens drei Gründen problematisch. Erstens besteht die Gefahr, eine verkürzte, in unserem Fall epidemiologisch orientierte Wahrnehmung der Wirklichkeit zu entwickeln, die wesentliche Aspekte des Geschehens ausblendet und dadurch zu unausgewogenen Kosten-Nutzen-Analysen und politischen Entscheidungen führt.

Zweitens sollten wir in unserem Umgang mit der Pandemie eine fallibilistische Grundhaltung einnehmen, welche die Unsicherheit und Fehlbarkeit aller wissenschaftlichen Erkenntnis betont. Krankheitsstatistiken bilden die Situation unter Umständen fehlerhaft oder verzerrt ab; und selbst die raffiniertesten Computermodelle können, wie gerade skizziert, falsche Prognosen erstellen. Als vernünftige Strategie in dieser epistemischen Situation gilt es, alternative Perspektiven zum Verständnis des Geschehens zu fördern und sich somit möglichst viele Erkenntnisoptionen offen zu halten, denn „[d]ie Welt, die wir erforschen möchten, ist etwas weitgehend Unbekanntes“.⁹

Drittens ist es grundsätzlich vernünftig, alternative Ansätze zur Untersuchung eines beliebigen epistemischen Problems zu entwickeln, um Unzulänglichkeiten und Ungenauigkeiten der verschiedenen Herangehensweisen besser zu verstehen beziehungsweise überhaupt als solche zu erkennen.¹⁰ Dies gilt nicht nur für wissenschaftliche Theorien und Paradigmen, mit denen sich der Wissenschaftsphilosoph Feyerabend beschäftigt, sondern lässt sich auch auf die epistemische Situation der aktuellen Public-Health-Krise beziehen. Eine unabhängige Einschätzung – beispielsweise von Sozialwissenschaftler*innen – zu den lokalen Konsequenzen und nichtintendierten Folgen von politischen Pandemiemaßnahmen erkennt unter Umständen, was die Verantwortlichen in der Situationsanalyse und Bestandsaufnahme einer angedachten Public-Health-Strategie übersehen haben oder ob und inwiefern die jeweiligen

gesundheitpolitischen Entscheidungen auf fehlgeleiteten empirischen Annahmen oder Computermodellierungen basieren.

Pluralismus – ein zu vernachlässigender Aspekt?

Es gibt also gute erkenntnistheoretische Gründe für ein Mehr an Pluralismus – in der öffentlichen Gesundheitspolitik und wohl auch in anderen evidenzbasierten Politikbereichen. Allerdings drängt sich ein naheliegender Einwand auf. Es mag ja sein, so könnte man erwidern, dass mehr epistemischer Pluralismus in der gesundheitspolitischen Reaktion auf COVID-19 wünschenswert gewesen wäre; aber angesichts der Dringlichkeit der Lage und der Notwendigkeit, durch schnelle Entscheidungen Leben zu retten, sind die hier angeführten Argumente doch eher zu vernachlässigen und unter der Kategorie *nice to have* zu verbuchen. Es stimmt, die Lage war und ist auch einige Monate nach dem Ausbruch der Pandemie dringlich und natürlich sollten wir versuchen, möglichst viele Leben zu retten. Aber daraus folgt nicht, dass ein unzureichender epistemischer Pluralismus ein nachrangiges Problem sei. Im Gegenteil: Es muss uns gerade jetzt darum gehen, gesundheitspolitische Maßnahmen auf Grundlage einer möglichst verlässlichen und breiten Wissensbasis zu treffen – und das bedeutet eben, eine möglichst multiperspektivisch abgesicherte Wissensbasis zu entwickeln, anstatt sich nur von wenigen Gesichtspunkten und Sichtweisen auf das Problem leiten zu lassen. Nur so können wir robuste evidenzbasierte Strategien ausarbeiten, um die drastischen Einschränkungen unserer Freiheit ausreichend zu legitimieren. Dazu kommt ein weiterer Punkt. Die nichtintendierten Folgen der gesundheitspolitischen Maßnahmen sind alles andere als trivial: Sich verschärfende soziale Ungleichheiten können mittel- und langfristig zu massiven gesellschaftlichen Problemen führen, etwa zu einer Abnahme des sozialen Zusammenhalts und zu einer sich weiter zuspitzenden Benachteiligung von Frauen.¹¹ Auch mehr häusliche Gewalt, größere Armut, weitere gesundheitliche Probleme und eine geringere Lebenserwartung benachteiligter Bevölkerungsgruppen können indirekte Folgen sein.¹² Diese Zusammenhänge müssen unbedingt in die Analysen und politischen Entscheidungen einbezogen werden. Ihre Berücksichtigung ist allerdings nur möglich, wenn eine Vielzahl von epistemischen Perspektiven die sekundären und tertiären Effekte wie auch die Lebensrealitäten und Gefährdungen von marginalisierten Gruppen überhaupt hinreichend sichtbar macht. Nur dann können auch randständig erscheinende Phänomene und vermeintlich zweitrangige Aspekte auf Augenhöhe mit epidemiologischen Wissensformen gebracht und diskutiert werden. Dazu genügt es nicht, einzelne Stimmen aus der Psychologie oder der Erziehungswissenschaft auf Pressekonferenzen zu Wort kommen zu lassen, vielmehr ist es wichtig, einen *gleichberechtigten* epistemischen

Pluralismus zu fördern. Dies bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass epidemiologische Erkenntnisse und Modelle nur noch eine untergeordnete Rolle bei der Auswahl geeigneter gesundheitspolitischer Maßnahmen spielen sollen – was angesichts der akuten Bedrohung der öffentlichen Gesundheit auch absurd wäre. Vielmehr sollten unterschiedliche epistemische Perspektiven systematisch zur Wissensbasis der öffentlichen Gesundheitspolitik beitragen. Darauf könnte sich wiederum die öffentliche Gesundheitspolitik berufen, um ihre Entscheidungen im Lichte einer wirklich multiperspektivischen Evidenz zu treffen.

Es ist, mit anderen Worten, nicht nur erstrebenswert, sondern geboten, den epistemischen Pluralismus in der evidenzbasierten öffentlichen Gesundheitspolitik zu stärken. Sozial- und andere Wissenschaftler*innen sind aufgerufen, wissenschaftliche Evidenz bereitzustellen, ebenso wie auch Expert*innen, die über lokales Wissen verfügen, eine Stimme in der Politikberatung erhalten sollen, anstatt die Politikgestaltung nur von außen und nachträglich kritisieren zu können. Sie könnten themenspezifisches Wissen über relevante gesellschaftliche Bereiche beisteuern: Krankenpfleger*innen sind mit typischen Problemen bei der Isolation von schwerkranken COVID-19-Patient*innen vertraut; Seelsorger*innen und Pastor*innen haben Einblicke in die Lebensgestaltung von alten Personen; kommunale Bildungsdezernent*innen wissen, welche Hygienemaßnahmen in ihren Grundschulen realistischerweise umgesetzt werden können – und welche nicht.

Herausforderungen eines epistemischen Pluralismus

Wie sich gezeigt hat, ist ein höheres Maß an epistemischem Pluralismus aus erkenntnistheoretischer und auch aus politischer Perspektive geboten. Unsere aus dieser Notwendigkeit resultierende Forderung, den epistemischen Pluralismus in der öffentlichen Gesundheitspolitik zu stärken, ist jedoch mit schwierigen praktischen Herausforderungen verbunden, von denen wir einige zumindest kurz andeuten wollen.

(a) Es gibt praktische Einschränkungen, wenn es darum geht, mehr und vielfältigere Perspektiven und Erkenntnisse in die Politikgestaltung zu integrieren. Das gilt zwar nicht nur, aber besonders in Zeiten einer akuten Bedrohung der öffentlichen Gesundheit, wie wir sie derzeit erleben. Deliberative Beratungsprozesse, die unterschiedliche Herangehensweisen gegeneinander abwägen, nehmen unter Umständen zu viel Zeit in Anspruch. Die Frage ist also, wie viele und welche Perspektiven die politischen Entscheidungsträger*innen anhören und bedenken können, ohne dass dies den politischen Prozess lähmt. Die Wahl, die man hier treffen, und das Vorgehen, das man begründen

muss, richten sich in erster Linie danach, wie sich Politikberatungsprozesse vernünftig gestalten lassen. Hierfür sollten wir als Gesellschaft in ruhigeren Zeiten pluralistische Vorgehensweisen etablieren und einüben, damit wir diese auch in akuten Krisen und unter Zeitdruck zur Anwendung bringen können. Dabei ist sicher auch auf digitale Technologien zu setzen, die Beratungsprozesse mit Beteiligung einer Vielzahl von Akteuren vereinfachen oder überhaupt erst ermöglichen.

(b) Der Austausch von verschiedenen Perspektiven sollte jedoch nicht diejenigen einbeziehen, die Feyerabend als „Spinner“ (*cranks*) bezeichnet.¹³ Mit „Spinner“ sind Akteure gemeint, die nicht an der ergebnisoffenen Entwicklung von Ideen interessiert sind, sondern nur daran, ihre eigenen, mitunter idiosynkratischen Sichtweisen und Interessen zu verteidigen. Entsprechend weigern sie sich, von fremden Ansichten zu lernen oder die eigenen Standpunkte im Lichte anderer Meinungen zu hinterfragen und gegebenenfalls zu revidieren. Anhänger*innen von Verschwörungsnarrativen, die sich aus esoterischen oder ideologischen Gründen grundsätzlich gegen jegliche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wehren oder die Existenz des Coronavirus leugnen, können hierfür als prototypische Fälle gelten; aber auch Wissenschaftler*innen mit starren absoluten Thesen oder lokale Expert*innen, die immer schon wissen, wie es in der Praxis *eigentlich* läuft, fallen mitunter in diese Kategorie. So schwierig es sein wird, Kriterien für den wirksamen Ausschluss von Spinnern zu entwickeln und anzuwenden, so wichtig ist dies als Schritt in Richtung eines möglichst umfassenden Pluralismus in der öffentlichen Gesundheitspolitik. Denn nur so können ein wirklich offener Austausch von Perspektiven und die daraus resultierenden Lernprozesse stattfinden.

(c) Pluralistische Austauschprozesse müssen auch Unterschiede in epistemischen Standards und gesellschaftspolitischer Autorität adressieren. Wer schon einmal in einem inter- oder transdisziplinären Umfeld gearbeitet und diskutiert hat, weiß, wie herausfordernd es sein kann, Erkenntnisse und Schlussfolgerungen zu besprechen, deren erkenntnisleitende Interessen und methodische Standards divergieren; insbesondere, wenn natur- und sozialwissenschaftliche Perspektiven beteiligt sind. Daneben gilt es auch, die Unterschiede in Autorität und Reputation zwischen verschiedenen Akteuren zu beachten. Sozialwissenschaftler*innen oder Epidemiolog*innen, die als Politikberater*innen geübt sind, verfügen über höheres „symbolisches Kapital“¹⁴ und mehr Renommee als außerakademische Expert*innen. Dadurch kann es zu unausgewogenen Diskussionen anstatt zu echter Deliberation kommen, in deren Folge die politischen Entscheidungsträger*innen auf bestimmte Gruppen verstärkt hören, während andere systematisch ignoriert oder gar ausgeschlossen werden. Derartige Probleme im Austausch

unterschiedlicher Gruppen lassen sich nicht gänzlich eliminieren. Allerdings kann die aktive Gestaltung und Moderation deliberativer Politikberatungsprozesse dabei helfen, sie zumindest abzumildern und so eine produktive Form des pluralistischen Austauschs zu ermöglichen.¹⁵

Die genannten Herausforderungen sind groß und machen daher wenig Hoffnung auf einfache und allgemeingültige Lösungen. Dies stellt allerdings keinen grundsätzlichen Einwand gegen die Stärkung des Pluralismus in der wissenschaftsbasierten öffentlichen Gesundheitspolitik dar. Vielmehr ist es unserer Auffassung nach so, dass mit der hier angerissenen, feyerabend'schen Forderung nach mehr epistemischem Pluralismus und den skizzierten Herausforderungen ein für die zukünftige Gestaltung der öffentlichen Gesundheitspolitik zentrales Bündel an Problemen angesprochen ist, gerade in einer freiheitlichen Gesellschaft. Die Frage, wie genau ein solcher Pluralismus aussehen kann und sollte, müssen Wissenschaft und Öffentlichkeit daher stärker als bisher diskutieren. Insbesondere Sozialwissenschaftler*innen und Philosoph*innen, die über die Nutzung von wissenschaftlicher Evidenz in politischen Kontexten¹⁶ und über Herausforderungen für einen fairen Meinungsaustausch angesichts sozialer Ungleichheit¹⁷ nachdenken, können sie dabei unterstützen.

Endnoten

1. Der Text basiert zu weiten Teilen auf folgender Veröffentlichung: Simon Lohse / Karim Bschrir, The COVID-19 Pandemic. A Case for Epistemic Pluralism in Public Health Policy, in: History and Philosophy of the Life Sciences (2020). Wir danken Nina Lohse, Thomas Reydon und Johanna Worbs für wertvolle Hinweise, die sehr zu seiner Verbesserung beigetragen haben.
2. Daneben sind natürlich auch aktiv zu wissenschaftsfeindlichen Tendenzen beitragende Faktoren bedeutend, etwa aus wirtschaftlichen Interessen absichtlich erzeugte Zweifel. Vgl. Naomi Oreskes / Eric M. Conway, Merchants of Doubt. How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming, New York 2010.
3. Vgl. David Adam, Special Report. The Simulations Driving the World's Response to COVID-19, in: Nature 580 (2020), 7803, S. 316–318.
4. Carlo Caduff, [What Went Wrong. Corona and the World after the Full Stop](#) [27.11.2020], in: Medical Anthropology Quarterly (2020), S. 1–20.
5. Vgl. zum Beispiel Annett Mängel, [Corona. Die Ignorierten Armen](#) [27.11.2020], in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik 65 (2020), 6, S. 9–12.
6. Andrea Saltelli et al., [Five Ways to Ensure That Models Serve Society. A Manifesto](#) [27.11.2020], in: Nature 582 (2020), 7813, S. 482–484.
7. Roman Frigg und Kollegen beschreiben dies im Kontext von Klima-Modellierungen als *hawkmoth effect*, ein Äquivalent des bekannten *butterfly effects*. Die Autoren liefern aber auch Argumente für die Übertragbarkeit des Effekts in andere Modellierungskontexte, in denen mit nichtlinearen Modellen gearbeitet wird. Vgl. Roman Frigg / Seamus Bradley / Hailiang Du / Leonard A. Smith, Laplace's Demon and the Adventures of His Apprentices, in: Philosophy of Science 81 (2014), 1, S. 31–59.
8. Gianluca Manzo, Complex Social Networks Are Missing in the Dominant COVID-19 Epidemic Models, in: Sociologica 14 (2020), 1, S. 31–49.
9. Paul Feyerabend, Wider den Methodenzwang, übers. von Hermann Vetter, Frankfurt am Main 1979, S. 32.

10. Paul Feyerabend, Outline of a Pluralistic Theory of Knowledge and Action ¹⁹⁶⁸, in: ders., Knowledge, Science, and Relativism. Philosophical Papers Vol. 3, hrsg. von John Preston, New York / Cambridge 1999, S. 104–111.
11. Vgl. zum Beispiel Clare Wenham et al., [Women Are Most Affected by Pandemics. Lessons from Past Outbreaks](#) [27.11.2020], in: Nature 583 (2020), 7815, S. 194–198.
12. Vgl. Thomas Lampert / Jens Hoebel / Lars E. Kroll, Soziale Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung in Deutschland. Aktuelle Situation und Trends, in: Journal of Health Monitoring 4 (2019), 1, S. 3–15.
13. Siehe die Diskussion in Jamie Shaw, Feyerabend and Manufactured Disagreement. Reflections on Expertise, Consensus, and Science Policy, in: Synthese (2020), S. 1–32.
14. Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, übers. von Bernd Schwibs und Achim Russer, Frankfurt am Main 1982.
15. Vgl. dazu etwa Gilian Barker / Philip Kitcher, Philosophy of Science. A New Introduction, New York / Oxford 2014, S. 155 ff.
16. Zum Beispiel Nancy Cartwright / Jeremy Hardie, Evidence-Based Policy. A Practical Guide to Doing it Better, New York / Oxford 2012; Holger Strassheim / Pekka Kettunen, When Does Evidence-Based Policy Turn into Policy-Based Evidence? Configurations, Contexts and Mechanisms, in: Evidence & Policy. A Journal of Research, Debate and Practice 10 (2014), 2, S. 259–277.
17. Zum Beispiel Miranda Fricker, Epistemic Injustice. Power and the Ethics of Knowing, Oxford 2007.

Simon Lohse

Dr. Simon Lohse ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung der Universität zu Lübeck und Gastwissenschaftler am Centre for Ethics and Law in the Life Sciences der Leibniz Universität Hannover. Er arbeitet zu wissenschaftsphilosophischen Fragen der Sozialwissenschaften und der biomedizinischen Forschung und interessiert sich für die interdisziplinäre Erforschung von normativen

Problemstellungen der Wissenschaften.

Karim Bschr

Dr. Karim Bschr ist Lehrbeauftragter und Geschäftsführer der Ethikkommission der Universität St. Gallen. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Themen der allgemeinen Wissenschaftsphilosophie mit starken Bezügen zu Fragen, welche die Rolle und Verantwortung der Wissenschaft in der Gesellschaft betreffen. Er ist Herausgeber eines Sammelbandes zu Paul Feyerabends Philosophie bei Cambridge University Press und hat zu Feyerabends Pluralismus publiziert.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Wibke Liebhart.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/wider-die-einseitigkeit.html>